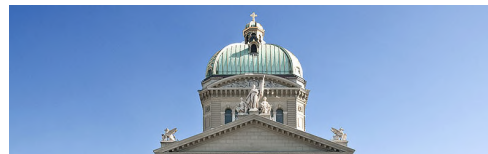


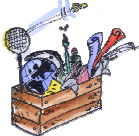




Parteilandschaft Schweiz

Lehrerinformation



1/6

<p>Arbeitsauftrag</p> 	<p>In einer Kurzpräsentation wird auf einem einfachen Level die Parteienlandschaft der Schweiz vorgestellt.</p>
<p>Ziel</p> 	<p>Die Schüler benennen die grössten Parteien der Schweiz und wissen, was die jeweiligen Abkürzungen bedeuten.</p>
<p>Material</p> 	<p>Powerpoint-Folien Informationstexte</p>
<p>Sozialform</p> 	<p>Plenum</p>
<p>Zeit</p> 	<p>10'</p>

Zusätzliche
Informationen:

- Die Schüler fassen ihre Gedanken zusammen. Die Informationstexte dienen als zusätzliche Gedankenstütze und werden erst am Schluss verteilt.

Parteilandschaft Schweiz

Informationsblätter



2/6

Aufgabe:

Nach dem Vortrag könnt Ihr eure Gedanken zusammenfassen; diese Informationstexte dienen als zusätzliche Gedankenstütze.

FDP Die Liberalen

FDP. Die Liberalen

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz wurde als „Patriotische Assoziation“ im Jahr 1831 gegründet, die sich als „Schutzverein für die Freiheit“ bezeichnete. 1847 wurde der „Schweizerische Volksverein“ ins Leben gerufen, schief jedoch nach der Gründung des Bundesstaates 1848 ein und wurde im Jahr 1873 wieder zum Leben erweckt, als es darum ging, die Bundesverfassung zu revidieren. Die Organisation fiel nach der Annahme der Verfassung wieder auseinander, denn sie hatte keine leitende Idee und kein Ziel, wofür sie kämpfen konnte. Die „Radikal-Demokratische Gruppe der Bundesversammlung“ wurde 1878 gegründet und fasste mit den Liberalen, den Radikalen und den Demokraten verschiedene Richtungen an „Freisinnigen“ zusammen. Die Gründung der Freisinnig-demokratischen Partei im heutigen Sinne erfolgte im Jahr 1894 im Bahnhofbüffet in Olten. 1917 formierten sich Teile der Partei zur BGB (Schweizer Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei), der heutigen SVP. Zwei Jahre später wurde das Proporzwahlverfahren eingeführt, das die Mandate der Freisinnigen im Parlament von 104 auf 63 reduzierte. Bis 1959 war die Partei im Bundesrat aber weiterhin überproportional vertreten, bis die Zauberformel eingeführt wurde, die nur noch zwei Bundesratssitze vorsah.

FDP.Die Liberalen wurde am 1. Januar 2009 gegründet und ist die jüngste Partei der Schweiz. Sie entstand aus der Fusion der zwei Gründerparteien der modernen Schweiz – der FDP Schweiz und der Liberalen Partei Schweiz.

Die FDP.Die Liberalen hält im Nationalrat heute 35 Sitze und im Ständerat 12 Sitze. Seit 1848 ist die heute drittstärkste Partei im Bundesrat ununterbrochen vertreten und stellte bis zum Rücktritt von Marianne Huber-Hotz bei den Wahlen 2007 ebenfalls die Bundeskanzlerin. Die FDP gilt als staatstragende Partei der Schweiz, weil sie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Schweiz massgeblich formte. Ende April 2006 hat sich die FDP ein neues Erscheinungsbild verpasst, mit dem sie den beabsichtigten Aufbruch signalisiert – weg von sinkenden Mitgliederzahlen, unklaren Ausrichtungen und verstaubtem Image.

Die FDP will eine junge, sensible, urbane und frauenfreundliche Partei sein, die sich auf vier Themen konzentriert: die intelligente Schweiz, die wachsende Schweiz, die gerechte Schweiz und die offene Schweiz. Die FDP verkörpert liberale, freiheitliche und demokratische Werte. Ihre Politik ist geprägt von Toleranz, Gemeinsinn, Verantwortungsbewusstsein, ganzheitlichem Denken und Handeln.

Ende Februar 2009 fusionierte die FDP mit der Liberalen Partei der Schweiz. Die Partei nennt sich fortan „FDP. Die Liberalen“ und passte auch das Logo an. Die Delegiertenversammlung bestätigte die wichtigen Prinzipien: Arbeitsplätze unterstützen, keine Überregulierung, Sicherung guter Rahmenbedingungen für den Finanzplatz und Verhindern der Schuldenwirtschaft. Mit diesen Prinzipien soll die Schweiz in Krise und Aufschwung eine gute Position erhalten.

Einige wichtige Köpfe der FDP: Bundesräte Ignazio Cassis und Johann Schneider-Ammann, Ex-Bundesrat Hans-Rudolf Merz (Bundespräsident 2009), Parteipräsidentin Petra Gössi, Fraktionspräsidentin Gabi Huber, Felix Gutzwiller, Elisabeth Kopp (erste Bundesrätin der Schweiz), die ehemaligen Parteipräsidenten, Gerold Bührer, Rolf Schweizer, Ex-Bundesrat und UBS-VR-Präsident Kaspar Villiger.

Parteilandschaft Schweiz

Informationsblätter



3/6



Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz (CVP)

Die Christlichdemokratische Volkspartei ist eine Partei mit einem breiten Spektrum, das von links der Mitte bis zur konservativen Rechten reicht. Seit den Gesamterneuerungswahlen von 2007 hält die Partei im Nationalrat 31 Sitze, im Ständerat 15 Sitze.

1840 unterzeichneten Vertreter einer konservativen Volksbewegung unter Bauernführer Josef Leu von Ebersol die Ruswiler Erklärung, die sich gegen den liberalen Zeitgeist wandte. Etwas später wurde an gleicher Stelle die Katholisch-Konservative Partei gegründet. Im Jahr 1957 wurde die Partei in Konservativ-Christlichsoziale Volkspartei umbenannt, und Anfang der 1970er Jahre unterzog sich die CVP einer Erneuerung, bei der die Namenswahl viel zu reden gab. Die heutige Christlichdemokratische Volkspartei wurde erst im Jahr darauf gegründet. Das Ende der bisherigen Zauberformel fand mit der Abwahl der CVP-Bundesrätin Ruth Metzler am 10. Dezember 2003 statt, da die Parteistärke der vier Regierungsparteien sich verändert hatte. Seither ist nur noch eine CVP-Vertreterin im Bundesrat. Die CVP erhielt während der Präsidentschaft der heutigen Bundesrätin, Doris Leuthard, eine klare Linie und hat seither in mehreren kantonalen Parlamenten an Stimmen und Mandaten zugelegt. Aus diesem Grunde fordert die Partei immer wieder einen zweiten Bundesratsplatz. Für die Bundesratsersatzwahlen vom September 2009 wurde der Freiburger Urs Schwaller nominiert, unterlag aber schliesslich dem FDP-Vertreter Didier Burkhalter.

Das Parteiprogramm der CVP ist liberal-sozial und verbindet im Sinne der sogenannten sozialen Marktwirtschaft liberale Grundsätze mit der Gewährleistung von sozialen Grundrechten. Die Expansion in den reformierten Kantonen, in denen die CVP eine soziale und liberale Politik betreibt, steht der traditionellen Rolle der CVP in den katholischen Kantonen gegenüber. Teile des sozialen Flügels haben sich Ende der 1980er Jahre wieder von der CVP gelöst, da sie ihre Interessen in der gemeinsamen Partei zu wenig vertreten sahen. Damit wurde die Christlichsoziale Partei der Schweiz (CSP) reaktiviert.

Im Zuge der EWR-Abstimmung (Europäischer Wirtschaftsraum), bei der die CVP sich für eine Teilnahme aussprach, gründeten katholisch-fundamentalistische Kreise im Jahr 1992 die ultrakonservativ-nationalistische Katholische Volkspartei (KVP), die aber eine Splittergruppe blieb. Die CVP versteht sich als Familienpartei.

Einige Köpfe: Bundesrätin Doris Leuthard; Parteipräsident Gerhard Pfister; Ex-Bundesrätin Ruth Metzler; Ex-Bundesrat Joseph Deiss; Ex-Ständerat Carlo Schmid; Bundeskanzlerin Corina Casanova.

Parteilandschaft Schweiz

Informationsblätter



4/6



Sozialdemokratische Partei der Schweiz SP

Bevor es zur Gründung der heutigen Sozialdemokratischen Partei kam, wurden im 19. Jahrhundert verschiedene Arbeiterorganisationen wie zum Beispiel der Schweizerische Gewerkschaftsbund gegründet. Diese Arbeiterparteien hatten aber meist nur kurz Bestand, bis dann am 21. Oktober 1888 anlässlich des Schweizerischen Arbeitertages die SP gegründet wurde. Das Majorzwahlverfahren hinderte die Partei, trotz Stimmenzuwachses lange Zeit am Ausbau der politischen Macht. Die erste SP-Initiative zur Einführung des Proporzwahlverfahrens wurde 1910 abgelehnt. Acht Jahre später wurde eine erneute Initiative via Referendum jedoch vom Volk angenommen. Bei den ersten Nationalratswahlen, die nach dem Verhältniswahlrecht im Jahr 1919 durchgeführt wurden, verdoppelte die SP ihre Mandate von 20 auf 41. Bald schon forderte die Partei Regierungsbeteiligung. Im Jahr 1943 ging die SP mit 56 Sitzen als stärkste Fraktion hervor. Mit Ernst Nobs wurde auch erstmals ein Sozialdemokrat in den Bundesrat gewählt. Seit der Einführung der Zauberformel 1959 ist die SP mit zwei Sitzen im Bundesrat vertreten. Nach den Wahlen 2007 ist die SP mit 52 Sitzen im Nationalrat und 9 Sitzen im Ständerat vertreten und hinter der SVP zweitstärkste Partei der Schweiz.

Die SP vertritt in ihrer Politik traditionell sozialdemokratische, „linke“ Positionen. Dazu gehört ihr Eintreten für einen starken Staat, gegen wirtschaftliche, aber für gesellschaftliche Liberalisierung, für eine aussenpolitische Öffnung der Schweiz und eine auf dem Pazifismus beruhende Sicherheitspolitik. Die SP lehnt in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik wirtschaftsliberale Anliegen wie Deregulierung, Senkung von Steuern und Staatsausgaben und Einsparungen bei den Sozialversicherungen ab. Sie strebt die Umverteilung von oben nach unten an und steht der Privatisierung von ehemaligen Staatsbetrieben und der Abschaffung von Monopolen (Swisscom, Post, Strommarkt, Fernsehen etc.) skeptisch gegenüber.

Köpfe: Bundesrätin Simonetta Sommaruga, Bundesrat Alain Berset, Parteipräsident Christian Levrat und Vorgänger Hans-Jürg Fehr, Ex-Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Ex-Bundesrat Moritz Leuenberger, die ehemaligen Bundesräte Ernst Nobs, Pierre Graber, Hans-Peter Tschudi, Willy Ritschard, Otto Stich, Ex-Bundesrätin Ruth Dreifuss.

Parteilandschaft Schweiz

Informationsblätter



5/6



Schweizerische Volkspartei (SVP)

Die Schweizerische Volkspartei wandelte sich von der zentristischen Bauernpartei ab den 1980er Jahren allmählich zu einer bürgerlich-konservativen Volkspartei. Sie positioniert sich heute erfolgreich mit einem auffälligen Oppositionskurs zur Regierungsmehrheit und einer kompromisslosen Rhetorik, mit der sie sich aber oft Vorwürfe des Rechtspopulismus und der Polarisierung einheimst. Nachdem die Partei lange Zeit auf Rang vier der wählerstärksten Parteien blieb, erhöhte die SVP den Wähleranteil in den letzten Wahlen stetig und wurde schliesslich 2007 mit 63 Nationalratssitzen und 7 Ständeratsmandaten, wie nach den Wahlen 2003, wiederum als stärkste Partei bestätigt. Sie errang 2003 auch erstmals eine relative Mehrheit und setzte deshalb ihren Anspruch auf einen zweiten Bundesratssitz durch. Nach der Abwahl von Bundesrat Christoph Blocher im Dezember 2007 und der demokratischen Wahl einer SVP-Nachfolgerin schloss die SVP ihre beiden amtierenden Bundesräte Eveline Widmer-Schlumpf und Samuel Schmid aus der Fraktion aus und kündigte die weitere Politik in der Opposition an, da man in der Regierung nun nicht mehr vertreten sei.

Absplittung eines beachtlichen Teiles der Partei im Jahr 2008 in verschiedenen Kantonen, als Antwort auf die Rausschmisse der Bundesräte Eveline Widmer-Schlumpf und Samuel Schmid und der Kantonalpartei Graubünden. Die SVP-Vertreter der alten Garde sehen die Parteiausschlüsse als notwendige Massnahme gegen alle Parteimitglieder, die eine Abwahl von Ex-Bundesrat Christoph Blocher im Dezember 2007 nicht vehement bekämpften und die Wahl der damals noch SVP-Bundesräte Schmid und Widmer-Schlumpf akzeptierten. Neugründung der Bürgerlich demokratischen Partei der Schweiz im November 2008, nachdem in verschiedenen Kantonen wie Graubünden, Bern oder Glarus bereits während der Sommermonate einzelne Bezirks- und Kantonalparteien gegründet worden waren.

Weitere Kantonalparteigründungen folgten, doch die Partei erhielt erst Ende Februar 2009, mit der Wahl von Nationalrat Martin Landolt aus Glarus, Fraktionsstärke. In der Märzsession 2009 regierte die BDP erstmals als Bundesratspartei mit, da sie nun die nötigen fünf Fraktionsmitglieder vorweisen konnte. Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf regierte damit nicht mehr ohne Fraktionsunterstützung.

Der abgewählte Ex-Bundesrat Christoph Blocher stellte sich im Dezember 2008 für die Ersatzwahl von Bundesrat Samuel Schmid nochmals als Bundesratskandidat zur Verfügung, doch es wurde im Vorfeld der Wahl bereits klar, dass er keine Wahlchancen mehr haben würde. Die SVP schaffte die Rückkehr in die Landesregierung mit der Wahl von Bundesrat Ueli Maurer, der bekräftigte, die Konkordanz zu akzeptieren und sich als gewählter Bundesrat, aus parteipolitischen Spielen herauszuhalten.

Die SVP vertritt in ihrem Programm vor allem national-konservative Positionen. Sie bekämpft den EU-Beitritt und tritt für eine strikte Neutralität des Landes ein. Dazu gehört auch die Opposition gegen die Einbindung der Armee in ausländische Organisationen und gegen die Präsenz von Schweizer Soldaten im Ausland. In der Migrationspolitik setzt sich die Partei für die Verschärfung des Asylrechts und die Eindämmung der Migration ein.

Einige SVP-Köpfe: Bundesrat Guy Parmelin, Ex-Parteipräsident und seit Dezember 2008 amtierender Bundesrat Ueli Maurer, Ex-Bundesrat Christoph Blocher, Ex-Bundesrat Samuel Schmid (heute BDP), Ex-Bundesrat Adolf Ogi, Nationalrat Caspar Baader, Parteipräsident Albert Rösti, Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf (heute BDP), Fast-Bundesrat Hansjörg Walter (es fehlte lediglich seine eigene Stimme zur Wahl als Bundesrat im Dezember 2008).

Parteilandschaft Schweiz

Informationsblätter



6/6



Gründe Partei der Schweiz

Im Zentrum der Politik der Grünen Partei der Schweiz steht die ökologische, soziale und weltoffene Schweiz. Mit dem Beitritt zur EU wollen die Grünen Verantwortung übernehmen und dort mitbestimmen, wo Entscheide gefällt werden. In Ausländerfragen fordern die Grünen eine offensive Integrationspolitik und eine erleichterte Einbürgerung, insbesondere für junge ausländische Menschen. Der Energiepreis soll erhöht werden und der Ertrag für Sozialversicherungen eingesetzt werden.

Die Grüne Partei der Schweiz ist die stärkste Partei, die nicht im Bundesrat vertreten ist. Bei den Parlamentswahlen 2007 verzeichneten die Grünen einen Wähleranteil von 9,6 Prozent und sicherten sich 22 Nationalrats- und zwei Ständeratssitze. Die Ursprünge liegen in der Westschweiz. Weitere Schwerpunkte, die aus der 68er Bewegung hervorgingen, waren stark linker Richtung, insbesondere aus der POCH (Progressive Organisationen der Schweiz) der 1970er Jahre und frühen 1980er Jahre entstammend. Oft wurden die Grünen als „Gurken“, mit der Ökologie als Hauptprogramm, oder „Melonen“ (aussen grün, innen rot) mit sozialpolitischem und weniger ökologischem Engagement bezeichnet. Mehrmals tot gesagt, legte die Grüne Partei immer wieder an Wähleranteil zu, insbesondere in den 1990er Jahren, als der Umweltschutz besonders thematisiert wurde.

Einige Köpfe: Präsidentin Regula Rytz, Geri Müller, Ruth Genner, Cécile Bühlmann, Maya Graf, Ex-Parteipräsident Ueli Leuenberger, Therese Frösch, Ruedi Baumann, Bundesratskandidat 2008 Luc Recordon.